

KOMMENTAR



Eine Institution

Stefan Schröder
zum Nassauer Hof

stefan.schroeder@vrm.de

Braucht eine Stadt ein Grandhotel? Betten, sauber und ordentlich, inklusive Frühstück zu manierenlichen Preisen bieten doch viele andere Häuser auch. Die Frage ist also berechtigt. Aber wir sind in Wiesbaden. Eine Luxus-Herberge gehört hierhin wie das Kurhaus, die Spielbank und das neue Rhein-Main-Congress-Center. Solch ein Haus verkauft nicht nur Top-Qualität, sondern auch Illusionen und ein hochwertiges Image. Über die Stadt hinaus wirkt es wie ein Leuchtturm. Daher ist es beharrliche Standortpolitik, wenn in seltener Einmütigkeit Stadt- und Landesregierung für den Erhalt des Top-Hotels eintreten. Schließlich muss sich Wiesbaden als Landeshauptstadt der übermächtigen Konkurrenz Frankfurts ständig erwehren. Außerdem geht es um eine Institution der Stadtgeschichte. Seit 205 Jahren steigen im Nassauer Hof Gäste ab, schmückten sich Stadtväter mit großen Namen, die das Haus anlockte. Das sind Gründe genug, Eigentümern und Betreibern Grenzen für die Sanierung und den Umbau zu setzen und ihnen genau auf die Finger zu schauen. Umgekehrt müssen Behörden akzeptieren, dass die Welt sich weiterdreht. Der Denkmalschutz wird zur Farce, wenn im Falle des im Krieg völlig ausgebrannten Hotelbaus ganze Zimmerfluchten als unveränderbar eingestuft und damit neue Konzepte blockiert werden.

Das Haus
wirkt wie
ein LeuchtturmBreite Front gegen
die ElektroschockerSTADTPOLIZEI Grüne, Linke und Piraten sowie
Freie Wähler und Bürgerliste kritisieren CDU-Vorstoß

WIESBADEN (hz). Neben der SPD lehnen auch andere Stadtverordnetenfraktionen den neuerlichen CDU-Vorstoß ab, die dem kommunalen Ordnungsamt unterstehende Stadtpolizei mit Elektroschockpistolen, sogenannten Tasern, auszustatten. Unter anderem die Grünen als Kooperationspartner. „Wir sehen keinen Grund, mehr Unsicherheit zu erzeugen mit diesen Dingen“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Felix Kisseler. „Denn bei den Tasern handelt es sich keineswegs um eine nicht tödliche, sondern allenfalls um eine weniger tödliche Waffe. Sie sind sehr wohl gefährlich. Und drum gehören sie nicht in die Hände der Stadtpolizei.“

„Beschämendes
Sommertheater“

Gewohnt pointiert äußert sich der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ingo von Seemen für Linke und Piraten. „Das beschämende Sommertheater, mit dem die Union derzeit bundesweit auf Stimmenfang am rechten Rand geht, ist um einen regionalen Ableger reicher. Die CDU-Stadtverordnetenfraktion ist sich nicht zu schade, einen AfD-Antrag vom Juni noch mal unter eigenem Logo aufzuwärmen.“

Von Seemen ärgert sich über den von der Parlamentsmehrheit bereits abgelehnten Antrag, weil er ignoriere „dass es keinerlei Hinweise gibt, dass sich mit dieser Bewaffnung tatsächlich posi-

tive Effekte für die Bürger verbinden.“ Von Seemen sieht vielmehr die Gefahr, „dass eine weitere Aufrüstung des öffentlichen Lebens das soziale Klima verschärft und zu neuen Problemen führt. Ein Blick in die USA reicht eigentlich, um dies als Irrweg zu begreifen“. Der Linke bezeichnete den Antrag zur „Aufrüstung der Wiesbadener Kommunalpolizisten“ als „reine Symbolpolitik“ und mutmaßt, die CDU wolle damit von den dringlichen gesellschaftlichen Themen ablenken. „Als wenn sich die Probleme jahrelanger verfehlter Politik durch eine unnötige Zusatz-Bewaffnung im öffentlichen Raum lösen lassen könnten.“

Auch Christian Bachmann, Fraktionsvorsitzender von Freien Wählern und Bürgerliste sieht in dem CDU-Antrag nur eine nochmals gezielte „alte Nebenkerze“. „Bereits in der Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde auch auf die Gefährlichkeit einer solchen Waffe hingewiesen.“ Kisseler und Bachmann stellen fest, dass Landespolizisten im Gegensatz zu den Mitarbeitern des städtischen Ordnungsamts eigens für solche Einsätze ausgebildet seien – auch psychologisch und in Stressstrainings. Bachmann konstatiert abschließend: „Unsere Ordnungskräfte sind für ihren Bestimmungszweck und auch zum Selbstschutz ausreichend ausgerüstet – eine weitere Aufrüstung würde nur zu einer weiteren Eskalation führen.“

AUF EINEN BLICK

Termin für Sperrung Rheingaustraße

WIESBADEN (dom). Dass das westliche Ende der Rheingaustraße bald für ein Wochenende gesperrt werden muss, ist bekannt (wir berichteten). Nun hat die Stadt genauere Informationen zum Termin und den anstehenden Abrissarbeiten an der Schiersteiner Brücke veröffentlicht. Demnach wird die Verbindungsstraße zwischen Biebrich und Schierstein von Freitagabend, 20. Juli, 20 Uhr, bis zum Montagmorgen, 23. Juli, 5 Uhr, im Bereich der Schiersteiner Brücke voll ge-

sperrt. Eine Umleitung über das Gewerbegebiet Rheinhüttenstraße, Carl-Bosch-Straße, Friedrich-Bergius-Straße zur Äppelallee wird eingerichtet. Auch für Radfahrer und Fußgänger wird es dort keine Möglichkeit geben, die Baustelle zu passieren. Die Sperrung ist nötig, weil sich an diesen Tagen die Abrissarbeiten der alten Autobahnbrücke direkt über der Rheingaustraße befinden. Die gelösten Brückenteile fallen herunter und werden dort auf einem Sandbett aufgefangen.

Weiterer Haftbefehl für Ali Bashar

VERBRECHEN Vergewaltigungen einer Elfjährigen / Kandel-Aktivist erstattet Anzeige gegen Polizeipräsident Müller

Von Wolfgang Degen

WIESBADEN. Am Donnerstag wurde dem dringend tatverdächtigen Ali Bashar vom Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Wiesbaden ein weiterer Haftbefehl verkündet – wegen Vergewaltigung. Er sitzt bereits seit dem 10. Juni wegen eines anderen Verbrechens in Untersuchungshaft: Er soll in der Nacht zum 23. Mai in Wiesbaden-Erbenheim die 14 Jahre alte Susanna aus Mainz vergewaltigt und ermordet haben.

Ihm wird in dem weiteren Haftbefehl nun vorgeworfen, im März und im Mai eine Elfjährige aus Wiesbaden vergewaltigt zu haben (wir berichteten). Ali Bashar soll am Donnerstag bei der Verkündung des Haftbefehls diesen Vorwurf bestritten haben. Auch die ihm zur Last gelegte Vergewaltigung Susannas hat er bislang bestritten. Die Tötung des Mädchens dagegen hat er gestanden.

Tatort
Flüchtlingsunterkunft

Im Fall der Elfjährigen soll der als Asylbewerber abgelehnte Iraker einer von drei Tätern gewesen sein, die sich bei insgesamt fünf Taten an dem Kind vergangen haben sollen. Ali Bashar werden zwei Vergewaltigungen angelastet. Tatort war in einem Fall die Flüchtlingsunterkunft im Kreuzberger Ring in Erbenheim. Als weiterer dringend Tatverdächtiger sitzt ein 14-jähriger Afghane in Untersuchungshaft. Er hatte, ebenso wie Ali Bashar, in der Flüchtlingsunterkunft im Kreuzberger Ring gelebt. Ihnen war auch gemeinsam, dass die Angaben zum tatsächlichen Alter im Zuge der Ermittlungen jeweils um ein Jahr nach oben korrigiert werden mussten. 21 statt 20 und 14 statt 13. Mit weitreichenden juristischen Konsequenzen. Mit 21 Jahren ist Ali Bashar nach dem Erwachsenenstrafrecht zu



In Erbenheim erinnert eine provisorische Gedenkstätte an die ermordete Susanna.

Archivfoto: Sascha Kopp

verurteilen und der junge Afghane fällt mit 14 Jahren nun schon unter das Jugendgerichtsgesetz. Strafunmündig, weil noch unter 14 Jahren, ist ein weiterer mutmaßlicher Vergewaltiger – ein mit 13 Jahren noch minderjähriger Bruder von Ali Bashar. Er hatte sich mit Ali Bashar sowie sechs weiteren Mitgliedern der Familie Anfang Juni in den Irak abgesetzt, um mit dieser Flucht



Ali Bashar

Foto: dpa

die Festnahme von Ali Bashar verhindern zu wollen. Anders als ausgemalt, erwies sich die Autonome Region Kurdistan im Nordosten des Irak nicht als sicherer Rückzugsort. Kurdische Sicherheitskräfte hatten den 21-Jährigen schon am 9. Juni festgenommen und der deutschen Bundespolizei übergeben. Aus dem Nordosten des Irak war die Familie im Herbst 2015 nach Deutschland gekommen und hatte hier als angeblich verfolgte um Asyl ersucht.

Die Verbrechen an Susanna sowie an der Elfjährigen und angebliche Versäumnisse der Polizei bei den Ermittlungen haben nun auch zu einer Strafanzeige gegen den Wiesbadener Polizeipräsidenten Stefan Müller und weitere, namentlich nicht genannte Mitarbeiter des Polizeipräsidiums geführt. Erstattet wurde sie am Sonntag beim Polizeiposten in Bad Bergzabern (Landkreis Südliche Weinstraße). Die Strafanzeige liegt mittlerweile

le der Staatsanwaltschaft in Landau vor und wird von dort nach Wiesbaden weitergeleitet. Wiesbaden wäre, weil möglicher Tatort, zuständig, so die Sprecherin der Behörde in Landau. Inhaltlich geprüft habe man die Anzeige nicht. „Dass sie nach Wiesbaden weitergeleitet wird, bedeutet nicht, dass ein Anfangsverdacht besteht“, so Oberstaatsanwältin Angelika Möhlig. Erstattet hat die Anzeige Gerold Keefer, der von sich sagt: „Ich bin ein politischer Aktivist.“ Er engagiere sich auch in Kandel, wo es immer wieder rechte und rechtspopulistische Demonstrationen sowie Gegenkundgebungen gibt, nachdem dort ein junger Afghane seine deutsche Exfreundin, eine 15-Jährige, erstochen hatte. Keefer wirft dem Wiesbadener Polizeipräsidenten Strafreitelung im Amt und Beihilfe zur Strafreitelung im Amt vor. Müller soll „falsche Angaben verbreitet“ haben. Er bezieht sich dabei auf die gemeinsame Pressekonferenz von

Polizei und Staatsanwaltschaft am 7. Juni im Wiesbadener Justizzentrum. Einen Tag nach dem Fund der Leiche Susannas hatten Müller und Vertreter der Staatsanwaltschaft Hintergründe zu dem tatverdächtigen Bashar, dem Umgang mit dem Vermisstenfall und dem Verdacht der Vergewaltigung an der Elfjährigen dargestellt. Müller hatte bei dem Opfer von einem „Flüchtlingsmädchen“ gesprochen. Er hatte später diesen „bedauerlichen Fehler“, wie er es nennt, korrigiert. Keefer glaubt an eine „bewusste Falschangabe“ zur Täuschung der Öffentlichkeit. Bei „konsequenten Ermittlungen“ im Falle der Elfjährigen „könnte“ Susanna zudem noch leben, behauptet er. Den Verdacht einer Straftat leitete er „aus der öffentlichen Berichtsphase“ ab. Keefer sagt, er habe den „Verdacht“. Und er sagt auch: „Am Ende muss es Fakten geben. Wenn sie nicht da sind, dann ist es spekulativ.“ Auch das, was er sage.

Zwei Häuser, zwei Etagen, ein Geschäft

KIRCHGASSE 13 Neubau in der Fußgängerzone wird innen mit Nachbargebäude verbunden / Drogeriemarkt Müller mietet untere Geschosse

Von André Domes

WIESBADEN. Noch ein gutes halbes Jahr, dann sind die Gerüste und Bauzäune an den Gebäuden Kirchgasse 11 und 13 weg. Und ein neuer Drogeriemarkt da, vier neue Wohnungen ebenfalls. Seit Ende vergangenen Jahres entsteht direkt gegenüber dem Luisenforum ein Wohn- und Geschäftsgebäude, das als Neubau modernen Erfordernissen gerecht wird, sich optisch aber in den kleinteiligen Bestand einfügt. Am Donnerstagnachmittag feierten die Bauherren gemeinsam mit Architekten, den neuen Mietern von der Drogeriekette Müller, Nachbarn und Bewohnern der vorhandenen Wohnungen und Oberbürgermeister Sven Gerich Richtfest.

Häuser schon länger im
Bestand der Aachener Grund

Es ist ein bisschen das „Aus-zwei-mach-eins“-Prinzip, das beim Bauprojekt in der Kirchgasse Leitmotiv ist. Ohne das Nachbargebäude mit der Hausnummer 11 ist das verfolgte Konzept nämlich nicht denkbar. Beide Häuser befinden sich schon etwa seit Anfang der 2000er Jahre im Besitz der Aachener Grundvermögen, einer Fondsgesellschaft in Kirchenbesitz. Schon 2008 hatte man das Gebäude Nummer 11, das größere der beiden Objekte, grundlegend umgebaut und neben einem Ladenlokal auch

zwölf Wohnungen eingerichtet. Schon damals habe man Pläne entwickelt, die Ladenflächen der beiden Häuser zusammenzufassen, berichtet Nico Schröder, Projektmanager der Aachener Grund. Mit der Drogerie Müller habe man nun einen Partner gefunden, der sich für ebendiese Fläche interessierte. Und mit dem man andernorts schon seit Jahren so vertrauensvoll zusammenarbeite, dass man die Investition in das Projekt Kirchgasse 13 guten Gewissens tätigen konnte. Wie viel Geld sein Unternehmen in den Bau steckt, wollte Schröder zwar nicht genau beziffern, es dürfte aber eine ganze Menke sein, schließlich entsteht in

der Kirchgasse ein kompletter Neubau. Rund 2000 Quadratmeter Verkaufsfläche wird der Drogeriemarkt auf zwei Etagen – und in zwei Häusern – beziehen, darüber kommen vier weitere Wohnungen hinzu. Der neue Markt soll alles in allem bis zu 65 Beschäftigte haben und im ersten Quartal 2019 Eröffnung feiern. Das Gebäude selbst soll noch dieses Jahr vollendet werden.

Obwohl sich im Inneren der Kirchgasse 11 und 13 ein einziger Laden erstrecken wird, bleibt es von Außen beim Bild zweier eigenständiger Bauten mit unterschiedlichen Fassaden. „Es war gar nicht so leicht, für diesen Standort eine

passende Gestaltung zu entwickeln“, sagt Jeremy Würtz vom zuständigen Architekturbüro Zaeske und Partner. Einerseits gebe es wegen des Ensemble-schutzes strenge Vorgaben, andererseits habe man Wege finden müssen, der dominanten Fassade des Luisenforums etwas nicht allzu kleinteilig gestaltetes entgegenzusetzen. Mit den großen Fensterflächen und hochwertigen Natur- und Backsteinfassaden habe man nun einen guten Weg gefunden. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes sei bei dem Projekt nicht in Frage gekommen, da einerseits die im Konzept gewünschten Zuschnitte nicht herzustellen gewesen seien,

aber auch wegen erheblicher Kriegsschäden, die immer nur ausgeteilt worden waren.

Viel Lob für das Projekt, die Architekten und speziell die Investoren gab es vom Oberbürgermeister. In seinen Grußworten hob Gerich die langfristige Perspektive hervor, mit der die Aachener Grundvermögen ihre Immobilien entwickle und auch im Eigenbestand bewirtschaftete: „Gerade deshalb freut es mich besonders, dass man an Wiesbaden als Einzelhandelsstandort glaubt und sich ganz bewusst dafür entschieden hat, hier – sowie auch in der Kirchgasse 72-76 – zu investieren.“

Dass man Vertrauen in die Innenstadt als Gewerbebestand habe, hatte Nico Schröder zuvor schon deutlich gemacht. Schon lange seien immer wieder Abgesänge auf die Innenstädte angestimmt worden. In den Achtzigerjahren wegen der Märkte auf der grünen Wiese, in den Neunzigern wegen der Shoppingmalls, später dann wegen der Outlet-Center und nun wegen der Konkurrenz aus dem Internet-Handel. Dass mittlerweile selbst die Online-Riesen wie Amazon oder Zalando in Ladengeschäften in Innenstädten investieren, zeichne ein anderes Bild. Und gerade wenn es gelinge, einen ansprechenden Branchenmix in den Fußgängerzonen anzubieten, werde man sich um die Frequenz in der Innenstadt keine Sorgen machen müssen.



Bald soll im Gebäude Kirchgasse 13 der Innenausbau beginnen. Fertigstellung soll dieses Jahr sein. Zusammen mit dem Nachbargebäude (rechts) bildet das Haus eine funktionale Einheit. Foto: Volker Watschounek